

**Georg Wolfgang Epperlein (Frankfurt am Main)**

**Deutsche Banken in Brasilien,  
brasilianische Banken in Deutschland**

Im Jahre 1982, als Brasilien die Auswirkungen der ersten mexikanischen Finanzkrise erlitt, gab es drei Niederlassungen brasilianischer Banken in Deutschland. Zu dieser Zeit gab es eine Niederlassung deutscher Banken in Brasilien. Heute gibt es dieselben drei Niederlassungen brasilianischer Banken in Deutschland (alle in Frankfurt am Main), und die deutschen Banken sind in Brasilien mit sechs Niederlassungen der Deutschen Bank (eine Tochtergesellschaft mit sechs Niederlassungen), drei Niederlassungen der Deutsch-Südamerikanischen Bank (zu 100 % durch die Dresdner Bank kontrolliert), die in Verhandlungen über den Kauf einer Universalbank, des *Banco Grande Rio*, steht, drei Niederlassungen der BEAL (*Banco Europeu para a América Latina*, kontrolliert durch die WestLB), außer den Beteiligungen der Commerzbank an *Unibanco* und der Bayerischen Vereinsbank an *Banco Itaú* etc., vertreten. Die genannten Niederlassungen befinden sich in Rio de Janeiro, São Paulo, Campinas, Belo Horizonte und Porto Alegre.

Diese ungleiche Entwicklung der Bankenpräsenz hier und in Brasilien muß einen, mehrere oder einen Komplex von Gründen haben. Diese versuche ich aus der Sicht eines Geschäftsleiters der Niederlassung einer brasilianischen Privatbank in Frankfurt darzulegen.

Am Anfang möchte ich kurz abschweifen, um auf die internen und externen Probleme Brasiliens aufmerksam zu machen. In Brasilien dachte die Bevölkerung bis zum Juli 1994 inflationär, denn sie war mit der Inflation aufgewachsen. Die Inflation hatte ein psychologisches Element, welche sie ständig veranlaßte, den Lohn in Güter umzuwandeln. Dies geschah unter Nutzung des Tagesindex oder des US-Dollars, denn es gab keine stabile Währung. Die Bundes- und die Landesregierungen glichen ihren wachsenden Finanzierungsbedarf aus, indem sie den Kapitalmarkt durch Geldwertberichtigung und

Zahlung von hohen Zinsen unter Druck setzten. Dies erzeugte einen Riesenunterschied zwischen Kapitalertrag und Arbeitsentgelt.

Die Auslandsprobleme wurden hauptsächlich durch zwei Erdöl-Preis-Schocks ausgelöst, und seit der Erhöhung der Dollarzinsen auf jährlich über 20 % Ende der siebziger Jahre konnte Brasilien seine Zahlungsbilanz nur mit finanzierten Importen aus oft unnötiger Ausrüstung ausgleichen, um parallel Finanzbeleihungen zu erhalten. So verwandelten sich 100 Millionen US-Dollar aus Importen in eine Schuld von 200 Millionen US-Dollar. Einige Importe betrafen Milliarden von Dollar, wie das Nuklear-Projekt. Die Finanzierung erfolgte mit «Petro-Dollar» zu jährlich 6 %, welche später mehr als 20 % pro Jahr kosteten. Reine Finanzkredite konkretisierten sich nur, wenn der Schuldner außerdem (inoffiziell) 2 bis 4 % *flat* bezahlte, den berühmten *sweetener*. Die «Versüßung» wurde in nationaler Währung an den Verleiher bezahlt, welcher die «Versüßung» in Brasilien ausgab oder ins Ausland überwies und so den Parallel-Markt des Dollars hochtrieb.

Als Mexiko sich im September 1982 für zahlungsunfähig erklären mußte, wurden auch die Kredite für Brasilien eingestellt. Bis dahin finanzierte Brasilien seine rasch wachsende Entwicklung, indem Mittel aus langfristigen Krediten verwandt wurden, um Tilgungen und Zinsen der vorherigen Finanzierungen zu begleichen und um zusätzlich Investitionen für die Infrastruktur des Landes zu finanzieren.

Als 1983 die erste Umschuldungsverhandlung der brasilianischen Auslandsschulden aufgenommen wurde, änderten sich die Spielregeln. Es gab keine langfristigen Kredite mehr, die Finanzen Brasiliens wurden durch Banken in New York kontrolliert, und Brasilien mußte ab 1983 einen «Länderrisiko-Aufschlag» bezahlen, der heute noch, 13 Jahre danach, jährlich ca. 1,5 % für Gelder, welche von brasilianischen Banken aufgenommen werden, beträgt. Es scheint, daß wir 1982 einen Krieg verloren haben und wir bis heute Schadenersatz dafür zu zahlen haben. Wenn vom jährlichen brasilianischen Außen-

handel, der sich auf ca. 80 Milliarden US-Dollar beläuft, nur die Hälfte finanziert wäre, hätten wir schon 600 Millionen US-Dollar zusätzliche Kosten außer dem Handelsrisiko ins Ausland zu zahlen.

Die Banken erwirtschaften zum großen Teil ihre Gewinne durch den *spread*, d. h. durch die Spanne zwischen den Beschaffungskosten des Geldes und dem Satz, zu dem sie Geld verleihen. Das Risiko des Geldgebers ist das «Handelsrisiko». Das Risiko, welches durch den nicht-sofortigen Transfer aus dem Kreditnehmerland an den Gläubiger im anderen Land entsteht, bezeichnet man als das «politische Risiko». Dieses Risiko wird ausgedrückt durch einen Aufschlag, welchen der Kreditnehmer mit Devisen begleicht, die sein Land beschaffen muß.

Bis heute bezahlt Brasilien diesen *spread* an die internationale Bankenwelt. Dieses «Länderrisiko» ist somit für die Gläubiger rentabel. Da dies ein Risiko ist, das die Liquidität der Gläubigerbank betreffen kann, wurde in einigen Ländern von den betreffenden Steuerbehörden erlaubt, daß für diese Kredite ganz oder teilweise Rückstellung gebildet wurden, d. h., daß die Banken einen Teil ihrer Gewinne in Höhe einer entsprechenden Relation der mit diesem «Risiko» behafteten Kredite abtrennten und somit unbesteuerte Rückstellungen bildeten. Dieser unbesteuerte Teil des Gewinnes diente zur Finanzierung des Außenhandels eines Schuldnerlandes mit einem variablen politischen «Risiko»-Satz (3 bis 4 % jährlich oder mehr waren üblich). Heute ist dieser Satz auf ca. 1,5 % pro Jahr gefallen.

Wenn es günstig ist, mit unbesteuertem Gewinn Geschäfte zu machen, warum soll man dann Umschuldungsverhandlungen mit dem Schuldnerland und die renditeabwerfende, steuerfreie Rückstellung auf das Ergebnis-Konto mit der darauffolgenden Steuerzahlung zurückstellen? Dies war bestimmt ein wichtiger Grund, welcher zur Aufschiebung der vertraglichen Lösung der brasilianischen Auslandsschulden führte.

Hier stellt man sich die Frage: Was hat dies mit den brasilianischen Bankniederlassungen in Deutschland zu tun? Die

deutsche Bankenaufsichtsbehörde, welche auf die Einhaltung der deutschen Bankengesetze (KWG, d. h. Kreditwesengesetz) achtet, ist das BAK (Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen). Dieses hat seinen Sitz in Berlin und vergibt die Berechtigung für die Ausübung für Bankgeschäfte, inklusive für Niederlassungen ausländischer Banken. Außerdem gibt das BAK die Zustimmung für die Ernennung der vorgeschlagenen Geschäftsleiter und kontrolliert, *latu sensu*, die Banken. Die Qualität des BAK-Personal hat uns immer sehr beeindruckt. Die Anzahl des Personals scheint unzureichend für die Skala der ihr zugeordneten Aufgaben und die Anzahl der ihr unterstehenden Banken. Dem BAK geht es wie allen öffentlichen Ämtern, es leidet unter Kostenreduzierung und Personalabbau.

Dieses Defizit wird durch eine «Privatisierung» der Aufsicht ausgeglichen, das heißt, den Banken wurde erlaubt, ihr eigenes Kontrollsystem zu haben, im Gegenzug gehen sie selbst das Risiko beim Bankrott eines der Mitglieder ein. An dieser Stelle gehe ich nicht auf Einzelheiten ein, sondern schildere nur in groben Zügen, wie diese Selbstkontrolle abläuft.

In Deutschland müssen die Banken (inklusive die Niederlassungen der Auslandsbanken) Mitglied im Bundesverband Deutscher Banken sein. Der entsprechende Verband in Brasilien ist die *Federação Brasileira de Bancos*.

Der Bundesverband unterhält einen Prüfungsverband (Prüfungsverband Deutscher Banken). Dieser Prüfungsverband verwaltet seinerseits den Einlagensicherungsfonds. Der Eintritt in diesen Fonds ist quasi eine *conditio sine qua non*, damit die Auslandsbanken Zugang zu Kundeneinlagen haben. Dieser Fonds wird durch einen Beitrag von zur Zeit 0,30 ‰ der Gesamtsumme der Einlagen von Privatpersonen und Firmen finanziert (Einlagen von Banken werden nicht vom Fonds gesichert). Die größten Beitragszahler des Fonds sind, natürlich, die Großbanken. Die Entscheidungen vom Bundesverband, Prüfungsverband und Einlagensicherungsfond werden von seinen Mitgliedern getätigt, proportional zu deren Beiträgen an den Fonds. Folglich haben die Großbanken das Sagen.

Der Prüfungsverband, mit Sitz in Köln, hat Befugnis, seinen Mitgliedern Auflagen zu erteilen. Er erteilt diese Auflagen, um zu vermeiden, daß Banken mit einem potentiellen Risiko Einlagen annehmen, die sie später nicht zurückzahlen können und die dann vom Einlagensicherungsfonds übernommen werden müssen. Sehen wir jetzt, welche Auswirkungen diese Befugnis vom Prüfungsverband auf den Banco Real hat. Ich rede nicht im Namen der anderen brasilianischen Banken, kann aber versichern, daß auch sie unter den auferlegten Einschränkungen durch diesen Verband «leiden».

Die Filiale des Banco Real in Deutschland kann von natürlichen Personen und von juristischen Personen (ausgenommen Banken, da der Fonds deren Einlagen nicht absichert, wie schon oben gesagt), bis zum Vierfachen ihres Kapitals zuzüglich ihrer Rücklagen, die 35 Millionen DM betragen, aufnehmen. Daher kann die Filiale nur den im Bankenwesen geringfügigen Betrag von 140 Millionen DM aufnehmen. In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen für Banken in den meisten Ländern kann eine Bank bis zum 12,5fachen ihres Kapitals zuzüglich ihrer Reserven ausleihen, was im Falle von Banco Real ca. 430 Millionen DM ausmachen würde. Wenn wir nur 140 Millionen DM aufnehmen dürfen, so können wir auch nur diese 140 Millionen DM (sowie unser freies Kapital) ausleihen. Mit diesen eingeschränkten Aktiva kann man keine Bankfiliale in irgendeinem Teil der Welt unterhalten. Um ihre Einnahmen zu ergänzen, benutzen die brasilianischen Banken in Frankfurt die Mittel, welche sie von der Zentrale oder anderen verbundenen Filialen wie auch von anderen Banken (mit einem *spread* von 1,5 % pro Jahr) bekommen, und tätigen andere Finanzdienstleistungen.

Es könnte eindeutig erscheinen, daß der Prüfungsverband sich hauptsächlich über die «Sicherung der Einlagen» mit den passiven Geschäften der Niederlassung befaßt. Dies ist nicht der Fall. Er schränkt auch die Ausleihungen mit dem Länderrisiko Brasilien ein. Diese waren bis Ende 1995 auf 100 Millionen DM begrenzt. Nun, wenn wir nur 100 Millionen DM ausleihen

können, warum dann 140 Millionen DM aufnehmen? Tatsächlich könnten wir 40 Millionen DM an deutsche Firmen ausleihen. Die Erfahrung lehrt ein anderes Vorgehen. Deutsche Firmen, welche bei dem in Deutschland existierenden Kreditangebot bei brasilianischen Banken Kredite aufnehmen möchten, sind verdächtig. Der einzige Verlust, den Banco Real Frankfurt am Main in 15 Jahren erlitt, wurde durch einen deutschen Kunden verursacht. Bis heute erhielten wir glücklicherweise alle an brasilianische Ex- oder Importeure gewährten Finanzierungen zurück.

Oben erwähnte ich, daß wir bis Ende 1995 nur 100 Millionen DM Brasilien-Risiko eingehen konnten. Tatsächlich gibt es ab Januar 1996 eine großzügigere Regelung: Bei den Geschäften mit Laufzeit bis zu 180 Tagen werden nur 50 % als «Brasilien-Risiko» angerechnet.

Ein Beispiel: Wenn wir 75 Millionen DM mit einer Laufzeit von mehr als 180 Tagen ausleihen, verbleiben noch 50 Millionen DM für Laufzeiten bis zu 180 Tagen, da diese nur mit 50 %, d. h. mit 25 Millionen DM, angerechnet werden.

Der «Prüfungsverband» sagt, daß wir eine Konzentrierung des «Brasilien-Risikos» haben. Dies ist logisch, es ist unser Spezialgebiet, unsere Nische, und davon verstehen wir viel, dies ist bewiesen, wie schon oben erwähnt, da wir mit diesen Geschäften in 15 Jahren keinen Ausfall hatten.

Ein anderer «exotischer» Aspekt der Diskriminierung, die wir erleiden, ist die Begrenzung unseres Brasilien-Risikos auf 100 Millionen DM und die Tatsache, daß das Risiko der durch den Fonds gesicherten Einlagen umso geringer ist, je höher diese Aktiva sind. Kredite an brasilianische Gesellschaften im Ausland sind «Brasilien-Risiko». Kredite, die an einen internationalen Konzern in Brasilien vergeben werden, ebenso.

Hier muß daran erinnert werden, daß nur langfristige Finanzkredite umgeschuldet wurden. Kurzfristige Handelsfinanzierungen waren nicht in die Umschuldung eingeschlossen und wurden immer normal bezahlt. Hier sehen wir, daß es vorteilhaft ist, beides zu vermischen, denn es rentiert sich, auf den

laufenden Handel den «Risiko-Aufschlag» für langfristige Umschuldungen anzuwenden.

Über viele Jahre hinweg hörte ich sagen, daß, wenn ein Land Devisen-Reserven habe, um die Importe von sechs Monaten zu begleichen, es in einer komfortablen Lage sei.

Brasilien hat heute für mehr als ein Jahr Reserven, um seine Importe zu begleichen. Selbst wenn wir die Hälfte der 60 Milliarden US-Dollar an Reserven, welche Brasilien besitzt, als *hot money* betrachten würden, wäre die Situation immer noch gut. Zur Zeit hat in Europa nur Deutschland mehr Devisen-Reserven als Brasilien. In Amerika hat nur noch ein Land, nämlich die USA, höhere Reserven als Brasilien. In der restlichen Welt gibt es nur vier asiatische Länder mit höheren Reserven als Brasilien.

Im internationalen Handel wird ein Gleichgewicht durch Gegenseitigkeiten erzeugt, und dies überträgt dem Leistungsfähigsten den größten Vorteil. Die deutschen Banken konkurrieren in Brasilien mit einer starken Währung, die sie weniger als der LIBOR kostet. Brasilianische Banken, die sich mit der inländischen Währung Real, welche noch nicht frei konvertierbar ist, finanzieren, müssen mit Aufgeld feste Währungen kaufen, um den Außenhandel zu finanzieren, und leiden noch unter der Aufnahmebegrenzung für diese Währungen. Die Freiheit, welche in der Öffnung der fremden Märkte gesucht und gefordert wird, findet nicht immer eine Entsprechung im eigenen Land.

Im letzten Bericht des Bundesverbandes Deutscher Banken liest man auf Seite 127 das folgende: «Der internationale Wettbewerb zwingt zu entsprechenden Umstrukturierungen. Diese können jedoch nur erfolgreich sein, wenn die Institute in den jeweiligen 'Gastländern' keinen Benachteiligungen unterliegen.»

Sollte die Diskriminierung, welche die brasilianischen Banken in Frankfurt am Main erfahren, ein Thema für das «Kartellamt» sein? Oder belastet es die Auslandsbeziehungen?